

## Deutschland.

**Berlin, 12. Februar.** Die Erklärung des Ministerpräsidenten gegen absolute Straffreiheit wortgetreuer Berichte über Verhandlungen des Reichstages scheint einem tiefgefühlten Bedürfnisse abgeholfen zu haben, dem Bedürfnis der demokratischen Presse nach Befahren für die Pressefreiheit, oder nach Gelegenheit zu phantastischen Variationen über dies beliebte Thema. Entleidet man diese Klageleider über neuen Pressdruck ihres oratorischen Schmucks, ihres Phrasenglanzes, läßt man die Prinzipienreiterei und halblösen Uebertreibungen nicht gelten, betrachtet man die Sache vom praktischen Standpunkt aus ohne Vorurtheil, so reduziert sich das angeblich drohende Unglück der beschränkten Pressefreiheit einfach auf den Vorbehalt der Möglichkeit des Einschreitens gegen Pressefreiheit oder gegen die Vermehrung einer nachtheiligen Wirkung des Mißbrauchs der Rednerbühne. Nur alle diejenigen, denen dieser Mißbrauch der Tribüne wünschenswerth erscheint, welche sich durch die schon von den Gesetzen der Moral und Kultur unzertrennliche Beschränkung der Ausdrucksweise in dem Verlangen nach Mißachtung konventioneller Formen und moralischer Rechte Anderer gehemmt sehen, oder diejenigen, welche andererseits einen Mißbrauch des beschränkten Rechtes fürchten, können den Vorbehalt eines Einschreitens gegen Rede- und Pressefreiheit mißbilligen. Die Mißbilligung der ersten Klasse kann von Freunden der Civilisation und guten Sitte nur als Beweis der Nothwendigkeit des Schutzes gegen Ausbrüche der Rohheit und Brutalität betrachtet werden, die Aengstlichen und Mißtrauischen aber, welche jede diskretionäre Gewalt der Regierung wegen der Möglichkeit eines Mißbrauchs prinzipiell bekämpfen zu müssen glauben, ist man berechtigt, auf die Erfahrung hinzuweisen, welche lehrt, daß wohl nicht leicht eine Staatsregierung so guten Gebrauch zum Wohle des Landes von ihrer Gewalt gemacht hat als die preussische, aber andererseits Beispiele der demokratischen Neigung zum Terrorismus und zum extravagantesten Mißbrauch der eingeräumten Rechte liefert. Man darf wohl fragen, ob die gemäßigten und besonnenen Liberalen, welche grobentheils in die Forderung scharfloser Pressefreiheit mit einstimmen und der Regierung jede Möglichkeit einer Begrenzung nicht der Freiheit, sondern der Frechheit im Reden und Drucken oder vielmehr der weiteren Folgen etwaiger Rede-Exzesse nehmen wollen, ob diese Liberalen etwa eine Garantie gegen jeden Mißbrauch übernehmen können und wollen, wenn die erklärtesten Feinde des Vaterlandes wie Frese und Genossen, wenn Männer wie Passavant in Frankfurt die s. Z. im Circus zur Konspiration mit dem Auslande und zur Revolutionierung Preußens aufgefordert haben, ihren Sitz im Reichstage einzunehmen? Die liberalen Blätter, denen die Einigung Deutschlands aufrichtig am Herzen liegt, kämpfen ja selbst fast täglich gegen die destruktiven Agitationen der Partikularisten und die politischen Unwissenheiten aller Art, welche schon bei den Vorbereitungen zum Reichstage zu Tage treten! Wenn Ultramontane und Jakobiner, Partikularisten und Kosmopoliten, hohe Aristokraten und der unterste Pöbel sich die Hände reichen, um mit vereinten Kräften dem deutschen Einigungswerke hindernd in den Weg zu treten, muß man billiger Weise doch anerkennen, mag man der Wichtigkeit des Prinzips zustimmen oder nicht, daß in vielen Krisen Anzeichen solcher Erfahrungen wohl Bedenken auftreten können, ob auch dem politischen Unverstand und jedem verbissenen Vaterlandsfeinde zu den gefährlichsten Expectorationen die Gelegenheit noch bequemer und sicherer gemacht werden soll, als sie ohnehin schon ist? Dies zugegeben, wird man auch weniger schnell mit dem Vorwurf oder Verdacht eines Attentats gegen freie politische Diskussion bereit sein, wenn derjenige, auf dessen Schultern alle Verantwortlichkeit für die Folgen gewälzt werden würde, sich für den Nothfall eine Reserve zu bewahren sucht.

Wer keinerlei Verantwortlichkeit zu tragen hat, für den ist es leicht mit Prinzipien zu experimentieren und für prinzipielle Konsequenz zu schwärmen; ein verantwortlicher Staatsmann aber, der mit vielen Faktoren zu rechnen hat, darf nicht experimentieren, sondern muß den sichersten Weg gehen; diese Vorsicht liegt im Vorbehalt einer Beschränkung, deren Benutzung durchaus nicht nothwendig aus dem Recht folgt, sondern nur als Möglichkeit offen bleibt. Wenn also der „Staats-Anzeiger“ im nichtamtlichen Theil schreibt, daß die Berichte über die Reichstagsverhandlungen keinen Beschränkungen faktisch unterliegen sollen, so ist dies durchaus nicht so unvereinbar mit der Ablehnung des Paur'schen Antrags, wie die „Börsezeitung“ meint, sondern die Erklärung ist sehr einfach für Jeden, welcher zwischen der formellen Berechtigung für den Nothfall und der faktischen Ausübung oder Suspension eines Rechtes unterscheiden kann. Vom praktischen Standpunkt aus wird kein unbefangener Mensch einen Nachtheil für Deutschland darin finden, wenn eventuell einmal die Blätter Bedenken tragen sollten, eine Presse'sche Olfrede gegen Preußen, oder begeisterte Worte in gloriam Austria wiederzugeben, sofern nur die Presse im Allgemeinen volle Freiheit für die Berichterstattung hat. Es ist auch nicht die mindeste Gefahr vorhanden, daß von der faktischen Freiheit hinlänglicher Gebrauch gemacht werden wird, wenn auch, wie man hört, ein Presserstreik in Berlin angedrohet werden sollte.

**Berlin, 13. Februar.** (B. C.) Das Ergebnis der Stuttgarter Konferenzen dürfte für die Mitglieder des norddeutschen Bundes eine neue Aufforderung enthalten, mit vereinten Kräften die feste Gestaltung Norddeutschlands zu betreiben. Je mehr es sich herausstellt, daß die süddeutschen Staatsmänner sich zunächst auf die Formalitäten einer Verständigung beschränken mußten, ohne dieselben mit einem allseitig artikulierten Inhalt erfüllen zu können, desto dringender wird die Nothwendigkeit, die Verfassung des norddeutschen Bundes zu einem raschen Abschluß zu bringen. Es genügt nicht, das Gefühl von der Nothwendigkeit des Zusammen-

haltens zu haben; dies Gefühl mag in Süddeutschland lebhaft genug sein. Aber zur Organisation gehört auch ein gemeinschaftlicher Zweck, ein gemeinsamer Wille, eine Politik, deren Nichtigkeit von der Nation anerkannt wird. Solch ein Zweck und Wille dürfte in Süddeutschland erst dann zum Durchbruche gelangen, wenn der Norden das Muster der Organisation aufgestellt hat. Die norddeutschen Bundesgenossen werden daher nicht bloß den eigenen Vortheil, sondern auch das Interesse der süddeutschen Fürsten und Völker wahrnehmen, indem sie das Ihrige dazu beitragen, um die Institutionen des norddeutschen Bundes rasch durchzuführen.

— Es bleibt dabei, daß die Session des Parlaments binnen kürzester Frist, jedenfalls im Beginn des März-Monats eröffnet wird. Der ursprünglich festgesetzte Termin des 24. Februar würde vielleicht, falls eine größere Anzahl von Doppelwahlen die Ansetzung neuer Wahl-Handlungen veranlaßt, oder falls etwaige Minoritätswahlen eine Wiederholung der Abstimmung erforderlich machen, sich noch um eine Woche verschieben. Jedenfalls aber, da alle politischen Vorbereitungen beendet sind und in Betreff der an den Reichstag zu richtenden Anträge die Einigung zwischen den Bundesgenossen erzielt ist, wird die Verzögerung keine längere sein.

— Es scheint sich zu bestätigen, daß zwischen Rußland, England und Frankreich mit Rücksicht auf die orientalische Krisis ein vorläufiges Einverständnis auf der Grundlage des Prinzips der Nichtintervention bewerkstelligt worden ist.

— Die haulichen Veränderungen im Herrenhause sind auf die Dauer berechnet, da auch die Zahl der Mitglieder des Herrenhauses nach dem 1. Oktober d. J. eine beträchtlichere sein wird.

— Der Auftrag, welchen der Regierungsrath v. Bredow in Hannover in Bezug auf die Domänen-Verwaltung auszuführen gehabt, steht nicht vereinzelt da. Es ist beschloffen, daß in den neuen Landestheilen überhaupt bei der Verwaltung der Domänen und bei der Verfassung derselben von jetzt an nach preussischen Normen verfahren werden soll, und es sind für die Regelung dieses Verfahrens bereits die nöthigen Anordnungen getroffen.

— Es ist bekannt, daß die sächsische Presse, trotz der neuen Bundesgenossenschaft, durchschnittlich einen Ton gegen Preußen annimmt, welcher nicht dazu angethan ist, freundschaftliche Gefühle in den Bewohnern des kleinen Nachbarlandes zu wecken. Wenn man nun hinsichtlich der Haltung dieser zum Theil völlig unabhängigen, zum Theil schwarzgelb gefärbten Organe sich ganz auf den guten oder schlechten Takt der betreffenden Redaktionen verlassen muß, so könnte man dagegen erwarten, daß die mit der sächsischen Regierung in Verbindung stehenden Organe, wie die „Königl. Leipziger Zeitung“, die allernothwendigste Rücksicht auf die preussische Bundesgenossenschaft nehmen würden. Es erregt aber das Befremden hiesiger politischer Kreise, daß die „Königliche Leipziger Zeitung“ fast täglich dem in Leipzig erscheinenden österreichischen Organe, der „Sächsischen Zeitung“, Beifall zollt.

— Seit langer Zeit hat man über die vor mehreren Jahren gesammelten Beiträge für die Flotte nichts gehört. Wie die „Volks-Zeitung“ erfährt, soll jetzt eine von dem Flotten-Comité ausgehende Broschüre erscheinen, welche über die gesammelten Beiträge Rechnung giebt. Die in Rede stehende Sammlung hat mit der vom Nationalverein ausgehenden nichts gemein.

— Vom Marine-Departement ist eine neue Instruktion über Annahme, Ausbildung und Prüfung für die Verwalter-Applikanten bei der Marine-Verwaltung erlassen. Außerdem ist vom Könige bestimmt worden, daß Zahlmeister als Ober-Marine-Beamten mit einem bestimmten Militärrang und Ausschuß auf Beförderung bis zum Rang eines Kapitän-Lieutenants eingeführt werden sollen. Zunächst werden ältere und bewährte Marine-Verwalter, welche sich durch ihre Gesamtbildung dazu eignen, als Unter-Zahlmeister mit dem Rang eines Unter-Lieutenants zur See und 600 Thaler Gehalt angestellt werden, mit der Aussicht, in höhere Stellungen einzurücken.

— Es ist schon öfter erwähnt worden, daß der König den Eintritt zum einjährigen Dienst den neuen Provinzen sehr erleichtert hat; erst jetzt wieder ist eine Kabinettsordre erlassen, daß bis zum Jahre 1870 incl. den jungen Leuten von Bildung in den neuen Landestheilen der spezielle Nachweis wissenschaftlicher Qualifikation zum einjährigen Dienst erlassen werden soll.

— (Nat.-Z.) Die Gesamtzahl der Abgeordneten für den norddeutschen Reichstag beträgt 296. Von diesen entsenden die alten preussischen Provinzen 193, und zwar die Provinz Preußen 30, Posen 15, Brandenburg 26, Pommern 14, Schlesien 35, Sachsen 20, Westfalen 17, Rheinprovinz 35, Hohenzollern 1. Die neuen preussischen Provinzen sind durch 43 Abgeordnete vertreten, und zwar Hannover durch 19, Schleswig-Holstein 9, Kurhessen 8, Nassau 5, Lauenburg 1, Frankfurt a. M. 1. Hierzu treten 60 Abgeordnete aus den andern norddeutschen Ländern. Von diesen wählt das Königreich Sachsen 23, Mecklenburg-Schwerin 5, Mecklenburg-Strelitz 1, Braunschweig 3, Oldenburg 3, Oberhessen 3, Sachsen-Weimar 3, Koburg-Gotha 2, Meiningen 2, Altenburg 1, Ruß ältere und jüngere Linie 2, die beiden Schwarzburg 2, Anhalt 2, die beiden Lippe 2, Waldeck 1, Hamburg 3, Bremen 1, Lübeck 1.

— Nach den uns zugegangenen Mittheilungen aus den hiesigen Wahlbezirken ist die Betheiligung der Wähler eine sehr große gewesen; es liegen uns bis jetzt Nachrichten über den Ausfall der Wahlen aus dem 1., 2., 5. und 6. Wahlkreise vor, die eine entschiedene Majorität für die liberalen Kandidaten (Kosler, Waldeck, Franz Dunder, Schulze-Delitzsch) in Aussicht stellen.

**Dirschau, 10. Februar.** Der „Danz. Zeitung“ entnehmen wir folgende Schilderung, die ihr von hier aus zugeht: So lange unsere Reichsbrücke steht, hat man von ihr keinen imposanteren Anblick gehabt, als vorgestern. Die ganze zwischen den

Deichen liegende, von Endpfeller zu Endpfeller reichende, im Sommer größtentheils trockene Außendeichfläche war hoch überschwemmt, nirgend eine Spur von Land sichtbar. Das in den letzten Tagen zusammengeschobene Eis stand zwischen sämmtlichen Brückenpfeilern hoch aufgetürmt bei 24 Fuß Wasserhöhe unbeweglich fest. Noch 8 Fuß fehlten bei Dirschau, an anderen Stellen weit weniger, bis die Fläche des Eismeeres die Höhe der Deiche erreichte. Gegen Abend stieg die Besorgniß wegen eines Durchbruchs aufs Höchste. Die Herren Geh. Baurath Spittel, Wasser-Bauinspektor v. Gersdorff und Landrath v. Pary begaben sich in finsterner Nacht bei Sturm und Unwetter vom Dirschauer Bahnhofe nach Diekel, wo die Gefahr am größten, da das Wasser nur noch einen Fuß von der Deichkrone entfernt war. Nachts gegen 2 Uhr erfolgte der volle Eisgang und das Wasser stieg in Dirschau bis 27 Fuß 10 Zoll, also zu einer Höhe, bei welcher der letzte Durchbruch 1855 erfolgte. Die Erhöhung der Dünen hat diesmal entschieden die Verderber gerettet. Bei Dirschau blieb das Wasser schließlich noch 4 Fuß von der Krone entfernt. Wie Felsen im Meere tropten die Pfeiler der Gewalt des Elements.

**Schleswig, 8. Februar.** Zum Abschied des Hrn. v. Mantuffel bringt die „Bl. Ztg.“ noch Folgendes:

Heute, am Tage vor der Abreise des allgemein so beliebten Generals v. Mantuffel, versammelten sich um halb 8 Uhr Abends 250 Bürger und Beamten der Stadt im Lokale der Madame Effelbach und zogen von dort aus mit Musik an der Spitze unter Fackelbeleuchtung nach der Wohnung des Generals, um dem Scheidenden ein Lebewohl zu bringen. Dort im Kreise aufgestellt, das Musikcorps in der Mitte, wurde in recht hübsch gewählten Worten vom Kaufmann Tostt dem General der Dank der Stadt Schleswig dargebracht für die Liebe, die er dem Lande und der Stadt gezeigt. Der General, tief gerührt, dankte in herzlichen Worten, brachte unserm mit Ruhm gekrönten König ein Hoch, in welches die Versammelten mit Enthusiasmus einstimmten; dann brachte er, wie er sagte, sein letztes Hoch dem schönen Schleswig-Holstein. Darauf ging er im Kreise umher und nahm mit Händedruck von vielen der Versammelten Abschied; er äußerte dabei unter Anderem, daß ihm bis jetzt nie von hier aus Kundgebungen von großen Sympathien geworden, und daß diese in so hohem Grade bei seinem Abschiede gezeigte Theilnahme seinem Herzen unendlich wohl thue. Mit Musik und einem nochmaligen Hurrah marschirten die Fackelträger, begleitet von Tausenden der Einwohner, nach dem Marktplatz, wo die Fackeln verbrannt wurden.

**Minteln, 10. Februar.** Oestern Abend kam hier von Minden her unter Eskorte zweier Soldaten einer der Leute an, welche vor einigen Wochen gelegentlich des Hameler Jahrmärktes mit dem preussischen Militär Schlägerei angefangen hatten und in Folge davon nach Minden abgeführt worden waren. Die zehn übrigen Festungsarrestanten sind nun entlassen, um vor den zuständigen Civilrichtern gestellt zu werden. Der hier eingebrachte Inculpate jedoch, welcher, wie man hört, früher Soldat gewesen und nicht entlassen ist, ist heute Morgen weiter nach Hameln transportirt worden, um eine Militärstrafe zu verbüßen. — Mit Befriedigung hat man aus einer Bekanntmachung der K. Regierungskommission ersehen, daß zufolge höherer Anordnung der bisher erhobene lästige Stempel für Eingaben, mit welchem Feuerversicherungs-Anträge vorgelegt werden, künftig wegfallen, und daß ebenso die Visa der Polizeibehörden hinfür ohne Stempel erteilt werden sollen.

**Frankfurt, 10. Februar.** Seit mehreren Wochen sind die Salons des Freiherrn v. Patow jeden Donnerstag, ohne daß spezielle Einladungen ergehen, den gesellschaftlichen Kreisen Frankfurts geöffnet. Es finden sich regelmäßig daselbst, außer den Offizieren, Beamten und Diplomaten, auch sehr viele Personen aus der Elite der Bevölkerung ein. — Dem Staatsrath v. Mengden ist von der preussischen Regierung das Exequatur als russischer General-Konsul in hiesiger Stadt erteilt worden.

**Wiesbaden, 10. Februar.** Die Petitionen aus Nassau an den Herrn Ministerpräsidenten, daß die vormals regierende Dynastie mit einem Kapital oder einer Rente abgefunden, aber ihr nicht der Naturalbestand der Landes-Domanialgüter ausgeantwortet werden möge, zählen gegenwärtig bereits über 14,000 Unterschriften. Zur Unterzeichnung sind nur solche Personen zugelassen worden, welche nach unserem früheren Dreiklassen-Wahl-Gesetz wahlberechtigt, also welche besteuerte und angeessene Bürger sind. Außer den hier kontrollirten Unterschriften, haben einige Orte ihre Petitionen direkt nach Berlin geschickt. Andere haben nicht gemagt zu unterschreiben, weil ihnen die Partikularisten drohen, im Frühjahr werde der Herzog mittelst der „rothen Hofen“ wieder eingesezt, und sie würden dann zur Pachtung von Domanialgrundstücken nicht mehr zugelassen werden, wenn sie unterschrieben hätten. Den Petitionen wegen des Domanialgrundbesitzes folgen die wegen der Domanialjagden nach.

**Mainz, 5. Februar.** Die Darmstädter Besatzung in hiesiger Festung ist definitiv aufgegeben. Nach einer Bekanntmachung wird am nächsten Donnerstag das ganze Inventar der Großherzoglichen Kaserne zur Versteigerung kommen.

**Resden, 11. Februar.** Zu den Verhandlungen beider Kammern über die Entschädigungen für Einquartierung preussischer Truppen nach dem Friedensvertrage ist nachträglich Folgendes zu bemerken. Preußen bezahlt das Quartier seiner Truppen sowohl, als die Lazareth-Verpflegung, die Miethen für Kasernements, Reitbahnen u. s. w., allerdings nur nach dem im eigenen Lande üblichen Sätzen. Von der zu den Kammern beliebten Entschädigung ist daher der Beitrag Preußens abzuziehen, was bei den Verhandlungen der Stände von keiner Seite, auch nicht von der der Regierung, zur Sprache gebracht ist, selbst dann nicht, als der Vertreter Meißens in der ersten Kammer sich beschwerte, daß, obwohl

bei Besetzung der Stadt vom preussischen Kommando die Vergütung des Quartiers zugesagt wäre, dies Versprechen nicht inne gehalten sei.

**Weimar, 10. Februar.** Der Schluss des außerordentlichen Landtags fand heute in herkömmlicher Weise durch Verlesung des Abschiedsdekrets statt. Staatsminister v. Bapdorf richtete an die Versammlung einige Worte des Dankes für das der Regierung erneut bewiesene Vertrauen und sprach die Erwartung aus, dass, wenn an gewichtigerer Stelle über die neue Schöpfung des norddeutschen Bundes entschieden sein würde, der neu einzuberufende außerordentliche Landtag in gleicher Weise wie bisher in Einmütigkeit mit der Regierung handeln werde. Präsident Fries forderte die Versammlung auf, mit Zuversicht in die sich eröffnenden neuen Verhältnisse einzutreten, und diese Zuversicht auch unter ihren Wählern daheim zu fördern.

### Ausland.

**Wien, 11. Februar.** (Allg. Oesterr. Corr.) Die Ernennung des ungarischen Ministeriums dürfte Donnerstag den 14. vor sich gehen. Die wir vernahmen, sind bereits mehrere der designirten Herren hier eingetroffen. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, dass Glotz ins Ministerium treten wird, eine gänzlich unbegründete, da Dr. Glotz nie in der Minister-Kombination gewesen ist. Wie man uns mittheilt, soll kein Minister des Innern, sondern bloss ein Verwaltungs-Minister ernannt werden, was der Sachlage der Dinge ganz angemessen erscheint.

Die Personalfragen, welche durch die seither eingetretene Ministerkrise angeregt wurden, scheinen nur langsam zu reifen, und sich bis zum Zusammentritte der Landtage Zeit lassen zu wollen. Doch soll es, wie uns einer unserer Korrespondenten mittheilt, als bestimmt angenommen werden können, dass die Unterhandlungen mit dem Statthalter von Triest, Hrn. Frhr. v. Kellersberg, betreffs der Uebernahme des Ministeriums des Innern durch denselben zu keinem Resultate geführt haben und auch schon abgebrochen worden, so dass der genannte Staatsbeamte bereits auf seinen Triester Posten zurückgekehrt ist.

**Paris, 10. Februar.** (Sp. Z.) Die hiesige Regierung muß in der Graf Chambord'schen Brief-Angelegenheit wieder einmal die Erfahrung machen, daß der Versuch der Rechtfertigung eines begangenen Fehlers oft nachtheiliger ist, als der Fehler selbst. Besser war es zu schweigen, als in einer so haltlosen amtlichen Zuschrift eine nicht zu beschönigende Maßregel verteidigen zu wollen. Mit Recht hört man hier sagen, daß es einfacher gewesen wäre, gleich anzuordnen, daß bis auf Weiteres keine verschlossenen Briefe von der Post angenommen werden dürfen; man hätte den Behörden damit die Arbeit erleichtert, und das Publikum wäre nicht den Gefahren ausgesetzt, welche eine amtlich im weitesten Maßstabe angeordnete Verletzung des Briefgeheimnisses mit sich führen muß; denn wie die Beamten nach der äußeren Hülle eines Briefes allein beurtheilen sollen, ob sich in demselben nicht der verfolgte autographirte Brief des Prätendenten an den General Priest befindet, ist nicht recht begreiflich. Man darf daher annehmen, daß das sogenannte schwarze Kabinett besteht. Jedenfalls ist der Opposition für die nächste Session damit ein fruchtbares Angriffsfeld geliefert, das sie nicht ohne Erfolg bearbeiten wird. Auch die Presse, welche seit zwei Tagen sich fast ausschließlich mit diesem Vorfall beschäftigt, ist der Regierung in der Beziehung zu Dank verpflichtet, daß dieselbe mit jener amtlichen Mittheilung den politischen Mangel an Stoff beseitigt hat.

**Paris, 11. Februar.** Die „France“ meldet nun auch, daß Victor Emanuel im Frühjahr zur Ausstellung nach Paris kommen wolle und daß die Reise des Prinzen Humbert nach Wien, die wieder aufgeschoben sei, schließlich wohl ganz ausgegeben werden dürfte. Um von einer so unnatürlichen Verbindung abzurathen, bedarf es jedoch bloß der Erwägung, daß Italien von einer österreicherischen Heirath nichts wissen will und die ganze Sache auf einer Hofintrigue beruht. Dies heiläufig, da die „Armonia“ zu verstehen giebt, es seien Berliner Einflüsse gegen die Vermählung des Kronprinzen mit der Tochter des Siegers von Custozza entscheidend geworden.

**London, 9. Februar.** Je näher die Saison der Wettrennen rückt, desto rühriger wird der nicht unbeträchtliche Theil der Bevölkerung, der von Wetten und Rennen — lebt. Diese Art Hazardspiel (denn dazu ist dieser Sport schon längst angeartet) grassirt mehr denn je. Vermögen werden verloren und gewonnen. Die Presse nennt unter Anderem bereits einen jungen Herzog, der erst vor zwei Jahren seine fast königliche Erbschaft angetreten, als ein Opfer. Seine großen Besitzungen sind schon in Händen verwaltender Gläubiger — Besitzungen, die drei Jahrhunderte in einer Hand gewesen. Seine waghalsigen Wetten, wie 10,000 Pfd. Sterl. auf ein Pferd, fanden schon längst öffentliche Rüge und der junge Erbe ist auf dem Wege, jenes selbstgemachte Loos zu leiden, das vor etwa zwanzig Jahren einen Herzog von Buckingham betroffen, der als Mr. Johnson verstorben und, während der letzten Jahre in einem Hinterbüschen wohnend, vom Verhandeln historischer Dokumente seiner Familie lebte. Es wäre doch an der Zeit, daß die konservative Presse vor diesem Ruin alter Familien und alten Besitzes ebenso eindringlich warnte, als sich die radikale Presse mit schlecht verhehltem Vergnügen darüber freut, um so mehr, da es leider, um die Wahrheit zu gestehen, Gewohnheit der vornehmen Gesellschaft in England ist, verarmte Mitglieder fallen zu lassen.

### Pommern.

**Stettin, 13. Februar.** Aus der Provinz liegen bisher folgende Wahlnachrichten vor: In Alt-Damm sind für den Oberlehrer Schmidt 209, für den Landrath Stavenhagen 159, in Böckitz für Schmidt 99, für Stavenhagen 46 Stimmen abgegeben. In Kolberg erhielt der General Moltke eine Majorität von 442, in Ködlin eine solche von 95 Stimmen. In Dramburg fielen auf Herrn v. Arnim-Heinrichsdorf 273, auf Herrn Professor Gneist 228 Stimmen, wogegen letzterer in Polzin mit 225 gegen ersteren mit 177 Stimmen siegte. In Anclam erhielt Graf Schwerin 1086, Herr v. Malzbahn-Holdin 177, Herr von Seyden-Carlöw 7 Stimmen.

Im Dorfe Neuentrichen bei Möhringen (circa eine Meile von hier) ist gestern während der Wahl um 11 Uhr das Wahl-

lokal in Brand gerathen. Die Wahlen wurden zwar gerettet und das Feuer gegen 5 Uhr gelöscht, doch war der Wahlakt gestört.

An gestriger Börse lag folgendes Schreiben des Herrn Wasserbau-Inspectors Wohlbrück aus Grafenbrück vom 10. Februar auf:

„Da in den verfloffenen Jahren die Sperre der Hohenstaatener Schleuse meist nur nominell war, dies in diesem Jahre jedoch nicht der Fall ist und ein Durchschleusen nach dem Binnenwasser nicht eher möglich, als bis die neuen Unterthore dieser Schleuse fertig, eingehangen und passend gemacht sind, was unter den günstigsten Umständen kaum vor Mitte des Monats März der Fall sein wird, so erscheint es bei dem offenen Zustande der Oberzweckmäßig, daß das schiffahrttreibende Publikum darauf nochmals aufmerksam gemacht wird, daß Rähne, welche in den Finowkanal einlaufen wollen, bei Hohenstaaten auf der neuen Oder bis zur Öffnung der dortigen Schleuse auf eigene Gefahr liegen bleiben müssen.“

Unter Vorbehalt des Widerrufs ist angestellt: Friedrich Wilhelm Bauer als Küster und Schullehrer in Rosenhagen, Synode Anklam, Albert Krüger als Küster und Schullehrer in Alt-Storow, Synode Jakobshagen, die Lehrer Stodt und F. W. Lindow in Garz a. D.; dem kath. Lehrer Jul. Großer ist die Konzession zur Leitung einer Privat-Elementarschule in der Stadt Demmin für katholische Kinder und Kinder aus gemischten Ehen, welche nach dem schriftlich erklärten Willen beider Eltern in der katholischen Religion erzogen werden sollen, mit Ausschluß aller andern Kinder, ertheilt worden.

Gestern Abend wurde der 15jährige Bursche R. bei dem auf offener Straße gemachten Versuche, einem 6jährigen Knaben ein Portemonnaie mit 1 Sgr. 9 Pf. Inhalt zu entwinden, durch einen Dienstmann festgehalten und an die Polizei-Behörde eingeliefert.

Gestohlen wurde vor einigen Tagen dem auf dem Klosterhofe wohnhaften Ereutor Sq. aus einer unverschlossenen Küche eine Menge Wäschestücke und gestern Nachmittag dem in der Langenstraße zu Grabow wohnhaften pensionirten Lazareth-Inspector G. ebenfalls aus einer unverschlossenen Küche ein messingener Mörser. Die Diebe sind bisher nicht ermittelt.

Gestern Abend besonderten sich die beiden resp. 4 und 6 Jahre alten Kinder des in den Krammatten wohnhaften Bildhauers Pletschmann in Abwesenheit ihrer Eltern allein im Wohnzimmer, während das Dienstmädchen in der Küche beschäftigt war. Eins der Kinder zündete nun an der Flamme der im Zimmer brennenden Lampe Papier an, welches in seinem brennenden Zustande dem jüngsten Kinde, einem 4jährigen Mädchen, auf die Kleider fiel, so daß dieselben bald überall vom Feuer erfaßt und das Kind durch Brandwunden leider sehr erheblich beschädigt wurde. Auch der Knabe, welcher mit seinen Händen das Feuer zu dämpfen versuchte, erlitt starke Brandwunden. Als das Mädchen auf das Geschrei der Kinder herbeieilte, war es leider zu spät, um noch wirksame Hülfe leisten zu können.

**Demmin, 6. Februar.** Am 19. Januar fand im hiesigen konservativen Vereine ein überaus zahlreich besuchter Ball in dem Schliederischen Saale statt, wobei eine höchst gemüthliche Stimmung herrschte. Der Saal war äußerst sinnig mit Quirlenden, Kränzen, schwarzweißen Fahnen, einem Transparente und mit dem preussischen Adler geschmückt. Von Seiten des Vorstandes war zu diesem Balle das Offizierkorps des hiesigen 2. pommerschen Ulanen-Regts. Nr. 9 eingeladen. Fast sämtliche Offiziere waren erschienen; an der Spitze der hier allgemein beliebte und geachtete Major des genannten Regiments Baron v. Minigerode, ein Patriot von ächtem Schrot und Korn, ein Vater der Armen. Der Toast auf Sr. Maj. den König, vom Dr. Schumann ausgebracht, rief einen stürmischen Jubel hervor. — Durch den Weggang des Landraths Hrn. v. Puttkamer (im Ministerium des Innern) hat der konservative Verein einen schweren Verlust erlitten. Herr v. Puttkamer war die Seele des Vereins, indem er es verstand, durch sein gediegenes Wissen und durch sein liebenswürdiges Benehmen die Mitglieder an sich zu fesseln. Herr v. Puttkamer war unermüdet in dem Streben, den Verein zu heben und sein Bemühen ist ihm auch reichlich belohnt worden; er hat die Freude gehabt, daß bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus die drei Kandidaten der Konservativen gewählt wurden.

**Colberg, 10. Februar.** Der ordentliche Lehrer Dr. Winter am Gymnasium zu Thorn ist durch Reskript des Kultus-Ministers vom 25. Januar zum dritten Oberlehrer an dem hiesigen Domgymnasium befördert. Derselbe wird seine hiesige Stellung mit Beginn des Sommersemesters antreten.

Treu ihrem alten bewährten Patriotismus feiert die Burse am 24. d. Mts. im Saale des neuen Gesellschaftshauses die Eröffnung des norddeutschen Parlaments durch einen Ball.

### Bermischtes.

Berlin. Wenn bei uns der Civilklage ein so weiter Spielraum eingeräumt wäre, als in Frankreich, würden viel weniger Unglücksfälle vorkommen und die öffentliche Sicherheit würde bei Weitem mehr geschützt sein. Im März v. J. wurde ein Hr. Max Braun, der sächsischen Gesandtschaft attachirt, durch einen Omnibus überfahren und getödtet, und der Kutscher wegen Tödtung aus Fahrlässigkeit bestraft. Außerdem ist aber nun auch die Omnibus-Gesellschaft im Wege der Civilklage verurtheilt worden: der Wittwe Braun 6000 Frks. zu zahlen; ferner eine lebenslängliche Pension von 800 Frks. seit dem Tode ihres Gatten; jedem der der minoren Kinder bis zum 25. Jahre 500 Frks. jährlich; außerdem, sobald sie das 25. Jahr zurückgelegt haben, noch eine einmalige Summe von 5000 Frks. — Das mahnt zur Vorsicht und zur Anstellung besserer Kutscher.

### Neueste Nachrichten.

**Bremen, 12. Februar, Abends.** In hiesiger Stadt wurde der Kaufmann Hermann Heinrich Meier zum Deputirten für das norddeutsche Parlament gewählt. Der Gegenkandidat W. Brandt erhielt nur ungefähr ein Drittel der abgegebenen Stimmen.

**München, 12. Februar, Nachmittags.** In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Kriegsminister den Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung des Heerwesens, vor. Der Minister legte hierbei die Gründe dar, welche für die Adoption des bewährten preussischen Systems der allgemeinen Wehrpflicht bestimmt gewesen waren.

**Wien, 12. Febr., Abends.** Die von der heutigen „Presse“ gebrachte und auch telegraphisch verbreitete Nachricht, — es werde hier mit dem Könige Georg in Betreff einer finanziellen Auseinandersetzung unterhandelt und zwar durch einen preussischen Bevollmächtigten, der sich mit dem Grafen Platen in Verbindung gesetzt, — entbehrt, wie auf das Bestimmteste versichert werden kann, aller und jeder Begründung. Es ist hier nichts von einem Agenten bekannt, der zu dem angebotenen Zwecke in Wien wäre und wird an unterrichteter Stelle angenommen, daß Preussischerseits nie mit dem Grafen Platen unterhandelt werden würde.

**London, 12. Februar, Vormittags.** Aus Newyork vom 11. d. M. wird pr. atlant. Kabel gemeldet: Mehrere Mitglieder der republikanischen Partei im Kongresse, unter ihnen Bank, haben mit Entschiedenheit auf die Nothwendigkeit hingewiesen, Maßregeln zu treffen, welche eine Kooperation zwischen Präsident und Kongress sichern.

### Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

**Berlin, 13. Februar.** In sämmtlichen Berliner Wahlbezirken wurden die liberalen Kandidaten gewählt, soweit annähernd zu übersehen: Kadler, Waldeck, Wiggers, Runge, Dunder, Schulze. In Breslau: die Justizräthe Bonnes und Simon. In Grlitz: Frhr. v. Carlowitz. In Königsberg: General Vogel v. Falkenstein mit 6944 gegen Didert mit 5694 St. In Rostock: Prof. Jul. Wiggers. In Schwerin: Reglerungs-Rath a. D. Prof. (liberal). In Hannover: Der Koalitions-Kandidat Freiherr v. Münchhausen. In Frankfurt a. M.: Frhr. v. Rothschild. In Elbing: Landrath v. Brauchitsch mit 2238 gegen Fördenbed mit 1239. In Hamburg: Chapeaurouge und Ré. In Eberfeld und Barmen erhielt Ministerpräsident Gr. v. Bismarck 6430, Fördenbed 6216 und v. Schweiger 4668 von 17,438 Stimmen. Eine engere Wahl ist nöthig, ebenso in Danzig wo Twisten 4390, Justizrath Martens 3500 und Langerhans 120 Stimmen erhalten hat. In Erfeld: Staats-Anwalt a. D. Kanngießer.

**Florenz, 12. Februar.** In der Deputirtenkammer theilt Niccolini die Vertagung des Parlaments bis zum 28. d. M. mit.

**Paris, 12. Februar, Abends.** Der „Abend-Moniteur“ meldet: Morgen finden Sitzungen des Ministerraths und des Geheimraths Statt.

**Newyork, 11. Februar.** Das Justizkomité schreitet bei geschlossenen Thüren in der Berathung der Anklage gegen Johnson fort. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß der Kabinettsrath und der Kaiser in Mexiko bleiben.

### Börsen-Berichte.

**Stettin, 13. Februar.** Witterung: regnet. Temperatur + 7° R. Wind: SW.

#### In der Börse.

Weizen stille, loco pr. 85 Pfd. gelber nach Qualität 83—87  $\frac{1}{2}$  bez., 83—85 Pfd. gelber Frühl. u. Mai-Juni 85  $\frac{1}{2}$  Br., 84  $\frac{1}{2}$  Gd., Juni-Juli 85  $\frac{1}{2}$  Gd.  
Koggen stille, pr. 2000 Pfd. loco 55—56  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  nach Qualität bez., Frühl. 54  $\frac{1}{2}$  Br. u. Gd., Mai-Juni 54  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., Juni-Juli 54  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br. Gerste loco pr. 70 Pfd. 47—49  $\frac{1}{2}$  bez., Frühljahr 69—70 Pfd. schief. 49  $\frac{1}{2}$  bez.  
Hafer loco pr. 50 Pfd. 29—30  $\frac{1}{2}$  bez., Frühljahr 47—50 Pfd. 31 Br. Rüböl wenig verändert, loco 11  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., Februar 11  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  nom., April-Mai 11  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez. u. Br.  
Spiritus matt, loco ohne Faß 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Februar 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., Frühljahr 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Gd., Mai-Juni 16  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br.

#### Landmarkt.

Weizen 82—87  $\frac{1}{2}$  bez., Roggen 81—83  $\frac{1}{2}$  bez., Gerste 44—50  $\frac{1}{2}$  bez., Erbsen 54—58  $\frac{1}{2}$  bez., pr. 25 Schfl., Hafer 28—31  $\frac{1}{2}$  bez., pr. 26 Schfl., Strohh. pr. Schock 6—8  $\frac{1}{2}$  bez., Heu pr. Ctr. 15—25  $\frac{1}{2}$  bez.  
**Hamburg, 12. Februar.** Getreidemarkt. Weizen loco behauptet, auf Termine niedriger. Br. Februar 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153 Gd., pr. Frühljahr 148 Br., 147 Gd. Roggen loco behauptet, auf Termine niedriger. Dfl.-Roggen ab Danzig pr. Frühljahr 83—84 gefordert. Br. Februar 5000 Pfd. brutto 91 Br., 89 Gd., pr. Frühljahr 83  $\frac{1}{2}$  Br., 83 Gd. Hafer loco. Del ruhiger, loco 25  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ , pr. Oktober 26  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$ . Kaffee 1000 Sach Rio loco verkauft. Zimt matt. — Regenwetter.

#### Stettin, den 13. Februar.

Ort	Währung	Preis	Währung	Preis
Berlin	kurz	—	Pom. Cens.-bau-Obligat.	5
„	2 Mt.	—	Ued.-Wollin.	—
Hamburg	6 Tag.	151 $\frac{1}{2}$ G	Kreis-Oblig.	5
„	2 Mt.	151 $\frac{1}{2}$ B	St. Str.-V.-A.	4
Amsterdam	8 Tag.	143 $\frac{3}{4}$ G	Pr. Nat.-V.-A.	4
„	2 Mt.	—	Pr. Sec.-Assoc.	4
London	10 Tag.	6 24 $\frac{1}{2}$ bz	Comp.-Act.	4
„	3 Mt.	6 24 $\frac{1}{2}$ G	Pomerania	4
Paris	10 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ G	Union	4
„	2 Mt.	—	St. Speich.-Act.	5
Bordeaux	10 Tag.	—	V.-Speich.-A.	5
„	2 Mt.	—	Pomm. Prov.	—
Bremen	8 Tag.	—	Zuckers.-Act.	5
„	3 Mt.	—	N. St. Zucker-Sieder.-Actien	4
St. Petersburg	3 Wch.	89 $\frac{1}{2}$ G	Mesch. Zucker-Fabrik-Anth.	4
Wien	8 Tag.	—	Bredow	4
„	2 Mt.	—	Walzmühl.-A.	5
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	St. Portl.-Cem.-Fabrik	4
Sta.-Anl. 54 57	4 $\frac{1}{2}$	101 bz	Stett. Dampf-Schlepp-Ges.	5
„	5	—	Stett. Dampf-Schiffs-Verein	5
St.-Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	—	N. Dampfer-O.	4
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	Germania	4
Pomm.-Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	Vulkan	4
„	4	—	Stett. Dampf-mühlen-Ges.	4
„	4	—	Pommerend.	4
Rentenb.	4	89 $\frac{1}{2}$ G	Chem. Fabrik	4
Ritt. P.P.B.A. à 500 Rtl.	4	—	Chem. Fab.-Ant.	4
Berl.-St. Eis.-Act. Lt. A. B.	4	—	Stett. Börsch.-Obligationen	4
„	4	—	St. Schausp.-Obligationen	5
„	4 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Starg.-P.E.A.	4 $\frac{1}{2}$	95	—	—
„	4	—	—	—
„	4 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Stett. Stdt.-O.	4 $\frac{1}{2}$	98 $\frac{1}{2}$ B	—	—
Stett. Börsch.-Obligationen	4	—	—	—
St. Schausp.-Obligationen	5	—	—	—